

## **PRESSEERKLÄRUNG**

### **Stadtentwicklung in Brandenburg in Zeiten der Energie- und Klimakrise**

*+++ Sperrfrist: 24.08.2022, 14:00 Uhr +++*

*Anne Fellner, Vorstandsvorsitzende*

#### **Pressekontakt:**

Herr Jens Bieker  
Geschäftsstelle Städteforum Brandenburg  
Tel. 0331 2899735  
E-Mail: [netzwerk@bbsm-brandenburg.de](mailto:netzwerk@bbsm-brandenburg.de)

Hitzewellen und Starkregenereignisse, sinkende Grundwasserspiegel und verdorrnde Böden: **Damit die Brandenburgischen Städte auch in Zukunft noch lebenswert sind, müssen die Bemühungen um den Klimaschutz deutlich an Fahrt aufnehmen.** Diese Meinung vertreten auch die Mitglieder des Städteforum Brandenburg, der größten kommunalen Arbeitsgemeinschaft im Land. Aus diesem Grund widmete sich das Städteforum während seiner diesjährigen Fachveranstaltung am 24. August 2022 im Potsdam Museum unter dem Motto „Die klimagerechte Stadt – eine Daueraufgabe für Brandenburgische Städte“ der Frage, wie die klimagerechte Stadtentwicklung vorangetrieben werden kann und wie sich die Städte an den Klimawandel anpassen können.

Mit der Energiekrise im Zuge des Angriffskrieges auf die Ukraine stehen die Städte aber auch vor neuen, drastischen Herausforderungen. **Explodierende Energie- und Baukosten drohen, die klimagerechte Stadtentwicklung über Jahre auszubremsen.** Gleichzeitig eröffnen sich aber auch Chancen zur schnelleren Umstellung der kommunalen Energieversorgung auf erneuerbare Energien und zur Einsparung von Energie durch angepasstes Nutzungsverhalten und konsequente Modernisierungsmaßnahmen.

Anne Fellner, Erste Beigeordnete der Stadt Eberswalde und Vorstandsvorsitzende des Städteforums: *„In den Brandenburgischen Städten ist gewaltiger Druck auf dem Kessel. Zusätzlich zu den bereits bestehenden Herausforderungen von Corona, der Aufnahme von ukrainischen Geflüchteten und den Folgen des allgemeinen Klimawandels muss nun auch noch die Energiekrise bewältigt oder nach Kräften verhindert werden. Die Menschen und Unternehmen in unseren Städten müssen so gut es geht vor Versorgungsausfällen und den Folgen steigender Kosten geschützt werden. Gleichzeitig muss mit Augenmaß darauf geachtet werden, dass Städte, kommunale Versorgungsunternehmen und die Wohnungswirtschaft nicht an eine finanzielle Belastungsgrenze gebracht werden, die Investitionen in den Klimaschutz auf Jahre unmöglich machen. Wir brauchen jetzt mehr denn je einen Schulterschluss aller Akteure, vor allem aber die Unterstützung von Bund und Land. Die multiplen Krisen unserer Zeit sind nicht von den Kommunen allein zu lösen, sondern brauchen eine starke Kooperation und gemeinsam ausgerichtetes Handeln auf allen Ebenen.“*

Gerade wegen der aktuell enormen Herausforderungen dulden Klimaschutz und die Anpassung der Städte an den Klimawandel keinen Aufschub. Davon sind die Mitglieder des Städteforums überzeugt. Der Vorstand des Städteforums stellte daher im Vorfeld der Fachveranstaltung in einem Gespräch mit der Presse fünf Thesen vor, wie eine klimagerechten Stadtentwicklung in Zeiten der Energiekrise gelingen kann. Damit verbunden sind klare Forderungen an Bund und Land, die Bemühungen der Städte auf dem Weg zur Klimaneutralität und in der Aufrechterhaltung der Lebensqualität zu unterstützen.

Helmut Wenzel, Bürgermeister der Stadt Lübbenau/Spreewald und stellvertretender Vorsitzender des Städteforums: *„Die brandenburgischen Städte stehen vor drastischen Herausforderungen: Neben dem Klimawandel sind dies vor allem der Strukturwandel in den Innenstädten, der demografische Wandel, die Sicherung des sozialen Zusammenhalts in Zeiten von Corona und seit neustem die Energiekrise. Eine klimagerechte Stadtentwicklung ermöglicht Synergien und gibt*

*neue Impulse. Zum Beispiel führt die energetische Sanierung des Gebäudebestands zur Senkung von Energiekosten und die Aufwertung von Erholungsflächen kühlt unsere Städte ab. Gerade wegen der vor uns liegenden Herausforderungen müssen wir die klimagerechte Stadtentwicklung vorantreiben.“*

Kathrin Mölneck, Vorstandsmitglied im Städteforum und Leiterin der BBU-Außenstelle Frankfurt (Oder) / Cottbus: *„Die soziale Wohnungswirtschaft steht als starker Partner bei der klimagerechten Stadtentwicklung fest an der Seite der brandenburgischen Städte. Nur in enger Zusammenarbeit können wir unsere Energieversorgung nachhaltig gestalten und unsere Städte an den Klimawandel anpassen. Angesichts der Energiepreis- und Baukostenexplosion steht aber auch die soziale Wohnungswirtschaft vor einem Dilemma: Die energetische Sanierung von Wohngebäuden muss vorankommen, wird aber immer kostenintensiver. Gleichzeitig versuchen wir unsere Mieterinnen und Mieter nach Kräften zu unterstützen, die durch die explodierenden Energiepreise an die Grenze des Belastbaren kommen. Beides auf einmal kann die soziale Wohnungswirtschaft nur mit Unterstützung von Bund und Land stemmen.“*

### **Die fünf Kernthesen des Städteforums zur klimagerechten Stadtentwicklung sowie die Forderungen an Bund und Land**

#### **1. Die Klimaschutzziele des Landes lassen sich nur gemeinsam mit den Städten erreichen**

Das Land Brandenburg hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu sein. Das kann nur gelingen, wenn der Weg dahin gemeinsam mit den Brandenburgischen Städten beschritten wird. Die Städte sind die Motoren der Landesentwicklung und müssen stärker mitgenommen werden, wenn das Land seine Klimaziele erreichen will. Denn hier gilt es noch einige große Aufgaben zu bewältigen, etwa die energetische Sanierung des Gebäudebestandes, der klimagerechte Umbau der städtischen Mobilität und die CO<sub>2</sub>-neutrale Energie- und Wärmeversorgung. Die Brandenburgischen Städte können nur in enger Zusammenarbeit mit Bund und Land sowie unter Mitwirkung privater Akteure und der Stadtgesellschaft klimaneutral werden.

#### **2. Die Energiekrise erfordert entschlossenes Handeln**

Die aktuelle Energiekrise hat uns unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen schmerzlich vor Augen geführt. In den Stadtverwaltungen, kommunalen Betrieben und in den Wohnungsunternehmen stehen wir von der Senkung der Raumtemperaturen bis zur Weitergabe der gestiegenen Energiekosten an die Endverbraucher vor schwierigen Entscheidungen. Alle städtischen Akteure, aber auch Bund und Land, müssen jetzt eng und lösungsorientiert zusammenarbeiten. Nur so können wir die Auswirkungen auf die Menschen vor Ort, die lokale Wirtschaft und die Einrichtungen der Daseinsvorsorge abmildern. Wir müssen die aktuelle Energiekrise aber auch als Chance begreifen, tradierte Verfahrensweisen und Strukturen in Frage zu stellen, ohne die lokalen Gegebenheiten und die städtische Identität außer Acht zu lassen. Dass wir die klimagerechte Stadtentwicklung durch die Umstellung auf eine regenerative Energieversorgung, die kommunale Wärmeplanung und die energetische Sanierung schnellstens voranbringen müssen, ist spätestens jetzt unübersehbar.

**3. *Klimaschutz steht nicht in Konkurrenz zu weiteren Aufgaben der Stadtentwicklung***

Neben Klimawandel und Energiekrise stehen die Brandenburgischen Städte vor einer Reihe weiterer akuter Herausforderungen: Zu nennen sind vor allem der Strukturwandel in den Innenstädten, der demografische Wandel und die Sicherung des sozialen Zusammenhalts in Zeiten von Corona. Multiple Krisen und Herausforderungen dürfen aber kein Grund sein, um Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung hintenanzustellen. Sie tragen im Gegenteil maßgeblich zur Resilienz von Städten bei, fördern Synergien und erhöhen die Lebensqualität. Eine klimagerechte Verkehrswende ermöglicht die Umgestaltung von Verkehrsanlagen zugunsten von Orten für Erholung, Kultur und Gewerbe und trägt damit zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in den Innenstädten ebenso bei wie Verschattung und öffentliche Zugänge zu Wasser als Maßnahmen der Klimaanpassung. Die Corona-Pandemie hat uns den Wert von öffentlichen Grün- und Begegnungsflächen in den Innenstädten und Wohnquartieren wieder stärker ins Bewusstsein gerufen, die gleichzeitig zur Abkühlung der Städte beitragen und Regenwasser aufnehmen. Klar ist aber auch: Solch ein weitreichender Umbau unserer Städte erfordert viel Geld. Besonders im Bestand sind Maßnahmen der energetischen Sanierung oder der Reorganisation und Entsiegelung von Verkehrsflächen kostenintensiv. Die Städte müssen in die Lage versetzt werden, diesen Umbau zu meistern. Hierfür braucht es eine entsprechende finanzielle Unterstützung von Bund und Land, die deutlich über das bisherige Niveau hinausgeht.

**4. *Klimagerechte Stadtentwicklung muss sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen stärker in den Blick nehmen***

Klimagerechte Stadtentwicklung heißt auch soziale Stadtentwicklung. Hier muss eine Brücke geschlagen werden, denn die Menschen sind je nach ihrem sozialen Status unterschiedlich von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Hitzewellen lassen sich in locker bebauten Einfamilienhausgebieten mit viel Grün leichter aushalten, als in dicht besiedelten Großwohnsiedlungen. Die steigenden Energiekosten stellen mittlerweile nicht nur einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, sondern auch weite Teile der Mittelschicht vor existentielle Herausforderungen. Soziale und ökologische Stadtentwicklung sind aber kein Widerspruch! Die Erfolge des 9-Euro-Tickets zeigen, wie Klimaschutz und soziale Teilhabe Hand in Hand gehen können. Energetische Sanierungen versprechen sinkende Energiekosten, sofern die Modernisierungskosten nicht vollständig über die Miete refinanziert werden müssen. Wichtig ist, die Belange benachteiligter und vulnerabler Bevölkerungsgruppen bei der klimagerechten Stadtentwicklung in den Blick zu nehmen. Besonders in den Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf braucht es mehr Stadtgrün, energetische Sanierungen und Anpassungen der sozialen Infrastruktur an den Klimawandel.

## **5. Klimaschutz krisensicher gestalten**

Der Angriffskrieg auf die Ukraine oder auch die Corona-Pandemie zeigen, dass globale Krisen unmittelbare Auswirkungen auf das Leben in den brandenburgischen Städten haben und sich unter anderem durch humanitäre Notlagen sowie steigende Energie- und Baukosten bemerkbar machen. Unsere Städte müssen sich auf weitere Krisen einstellen und demgegenüber eine Resilienz entwickeln. Eine klimagerechte Stadtentwicklung kann zu einer solchen Resilienz beitragen, indem die städtische Ressourcennutzung kritisch hinterfragt und neu organisiert wird. Auch Systeme der Kreislaufwirtschaft und multifunktionale Flächen und Gebäude können dazu beitragen, auf neue Herausforderungen flexibel reagieren zu können und knapper werdende Ressourcen zu schonen. Voraussetzung dafür sind offene Handlungsansätze und neue Kooperationen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen mittels neuer Formen der Bürgerbeteiligung noch stärker an der Gestaltung der Städte beteiligt werden. Auch braucht es eine stärkere Zusammenarbeit mit „neuen“ Stakeholdern der klimagerechten Stadtentwicklung, etwa mit der Wissenschaft oder der Digitalwirtschaft. Die Kommunen können eine klimagerechte Stadtentwicklung nur im Kontext mit weiteren Akteuren realisieren und müssen sich für neue Herangehensweisen öffnen.

### **Das Städteforum fordert zur Unterstützung der klimagerechten Stadtentwicklung vom Land Brandenburg und dem Bund:**

- ***Soziale Härten abfedern und Handlungsfähigkeit der Städte erhalten***

Die rapide steigenden Energiekosten werden zur dominanten sozialen Frage der nächsten Jahre. Bund und Land müssen zur Sicherung des sozialen Zusammenhaltes kurz- und langfristige Maßnahmen ergreifen, um geringe und mittlere Einkommen, aber auch Gewerbetreibende, spürbar zu entlasten. Die Kosten hierfür müssen gleichmäßig verteilt werden. Städte, Wohnungsunternehmen und kommunale Unternehmen dürfen nicht an eine finanzielle Belastungsgrenze gebracht werden, die Investitionen in den Klimaschutz auf Jahre unmöglich macht.

- ***Klare Etappenziele und Umsetzungsschritte für den Klimaschutz auf Landesebene formulieren***

Auf Landesebene müssen klare Ziele für den Klimaschutz formuliert und auf sektoraler Ebene durch verbindliche Umsetzungsschritte umgesetzt werden. Erwartungen an die Kommunen müssen klar benannt werden, damit diese eine verbindliche Orientierung haben und klimagerechte Stadtentwicklung im Einklang mit den Zielen des Landes stattfindet. Der aktuelle Arbeitsstand des Klimaplan Brandenburg bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück und muss deutlich verbindlicher werden, um eine Wirkung entfalten zu können. Die Landesebene muss beim Klimaschutz stärker vom Ressortdenken wegkommen.

- ***Investitionen in den Klimaschutz fördern und Anreize schaffen***

Eine klimagerechte Stadtentwicklung macht umfangreiche Investitionen notwendig. Bund und Land müssen die Städte hierbei finanziell unterstützen. Notwendig ist eine bessere Verzahnung von Bundes- und Landesprogrammen sowie die Aufstockung von Fördermitteln, um die steigenden Baukosten kompensieren zu können. Das gilt

insbesondere für die Städtebauförderung als zentrales Instrument der Stadtentwicklung. Das Land muss klar definieren, welche Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung mithilfe der Städtebauförderung förderfähig sind. Auch für private Akteure muss es weitere Anreize für Maßnahmen des Klimaschutzes geben. So sind steuerliche Erleichterungen für die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes eine Möglichkeit, um die Kosten für Modernisierungsmaßnahmen nicht vollständig auf die Miete umlegen zu müssen.

■ ***Rechtliche Rahmenbedingungen schaffen und Standards setzen***

Für städtebauliche Anpassungen an den Klimawandel und zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes braucht es verbindliche rechtliche Vorgaben und einheitliche Standards für die Umsetzung. Kommunen, Versorgungs- und Wohnungsunternehmen müssen sicher sein können, dass ihre heutigen Investitionen auch in Zukunft noch den Vorgaben des Bundes und des Landes entsprechen. Hier gibt es an vielen Stellen Klärungsbedarf, etwa für den Betrieb von Mieterstrommodellen oder Standards für nachhaltiges Bauen und Smart Metering. Planungs- und Genehmigungsprozesse müssen vereinfacht und beschleunigt werden, damit die Kommunen den notwendigen städtebaulichen Umbau vorantreiben können.

■ ***Klimaanpassung stärker in den Blick nehmen***

Ob in Form von Hitzewellen oder Starkregenereignissen: Der Klimawandel ist schon heute in den Brandenburgischen Städten spürbar. Daher müssen die Städte an den Klimawandel angepasst werden, beispielsweise durch die Reduktion von Hitzeinseln, die Verschattung von Straßen und Plätzen oder die Entsiegelung von Flächen im Sinne der Schwammstadt. Maßnahmen der Klimaanpassung im Bestand sind sehr kostenintensiv, weshalb es hier einer umfangreichen Förderung bedarf. Gesundheits- und Katastrophenschutz sollten in den etablierten Förderprogrammen standardmäßig Fördergegenstand werden.

■ ***Kommunalen Klimaschutz landesseitig flankieren***

Die klimagerechte Stadtentwicklung muss durch landesseitige Investitionen und Maßnahmen flankiert werden. Dazu gehören etwa die Stärkung des Umweltverbundes (SPNV, ÖPNV, Radverkehr) für eine klimagerechte Mobilität im Land, der Ausbau regenerativer Energien und die Förderung zukunftsfähiger Wirtschaftsbranchen. Das 9-€-Ticket zeigt, welche wirkmächtigen Instrumente Bund und Land auch kurzfristig zur Verfügung stehen. Hier braucht es eine schnelle Nachfolgeregelung. Das Land sollte außerdem gelungene Beispiele des kommunalen Klimaschutzes in die Breite tragen. Wir müssen von Modellprojekten wegkommen und den Klimaschutz schnellstmöglich in allen Bereichen fest verankern.

■ ***Energie- und Wärmeversorgung resilient gestalten***

Die Ausgestaltung ihrer Energie- und Wärmeversorgung liegt nicht in der alleinigen Verantwortung der Städte. Diese sind auf eine flexible und krisenfeste Versorgungsinfrastruktur angewiesen, deren Sicherstellung Aufgabe des Bundes und des Landes ist. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen und landesplanerischen Vorgaben müssen stärker auf den Ausbau erneuerbarer Energien ausgerichtet werden. Die brandenburgischen Städte können dann die Energiewende städtebaulich begleiten und die lokale Energiewende fördern.

**Selbstverständnis des Städteforums:**

- Das Städteforum Brandenburg hat das Ziel, die Vernetzung der Brandenburgischen Städte untereinander und mit weiteren Stakeholdern der Stadtentwicklung zu befördern. Es versteht sich als zentrale Austauschplattform für Ideen und Strategien der Stadtentwicklung im Land Brandenburg.
- Die gemeinsame Arbeit im Städteforum widmet sich aktuellen Herausforderungen und Entwicklungstrends in den Brandenburgischen Städten. Ziel ist eine gemeinwohl- und zukunftsorientierte Stadtentwicklung. Klimagerechte Stadtentwicklung bildet in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt der Arbeit im Städteforum.
- Das Städteforum versteht sich als Impulsgeber für den Stadtentwicklungsdiskurs im Land Brandenburg. Durch den Zusammenschluss im Städteforum bündeln die Städte ihre Stimme gegenüber der Landesebene, um auf die lokalen Herausforderungen und den Unterstützungsbedarf aufmerksam zu machen.